Heute „Haus Hof Garten" • „Jede Woche Musik"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Goldpfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung. Ausland-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutschland, Deutsch-Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und Telegramm-Adresse: „Berlitbla" Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49, Filialen: Leipziger Straße 135; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Bülowstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Hentzenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Reitlstr. 7; Weißensee: Sternstr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 2; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 532
Ausgabe für Berlin

53. Jahrgang
Sonnabend, 8. November 1924

Rücktritt des Kabinetts Seipel.

Proklamierung des Eisenbahnerstreiks in Oesterreich.

Die Unterbrechung des Sanierungswerkes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Wien, 7. November, 11½ Uhr abends.

Gegen 11 Uhr nachts wurden die den ganzen Abend geführten Verhandlungen von den Eisenbahnern abgebrochen und der Streik proklamiert. Der Generaldirektor der Bundesbahnen Günther hat darauf seine Demission gegeben. Die Regierung hat ebenfalls beschlossen, zurückzutreten, und ihren Rücktritt dem Präsidenten Hainisch unterbreitet. Beide Nachrichten wirken überall, wo sie bekannt werden, niederschmetternd. Der Streik beginnt um Mitternacht.

Die Vorgeschichte der so plötzlich erfolgten Demission des Kabinetts ist folgende: Nachdem der Generaldirektor der Bundesbahnen Günther sein Rücktrittsgesuch für den Streikfall angekündigt hatte, hat sich der Bundeskanzler Dr. Seipel mit ihm solidarisch erklärt und im Laufe des Tages wiederholt gedroht, daß er und die ganze Regierung ihre Demission geben würden, wenn der Streik nicht vermieden würde. Dieses Moment hat natürlich auf die bis in die Nacht fortgesetzten Verhandlungen eingewirkt. Es war das einzige Druckmittel, das der Regierung zur Verfügung stand, da Einrichtungen der Nothilfe in Oesterreich nicht bestehen. Um 9 Uhr abends hatte dann ein eilig berufener Ministerrat formell beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen mit der Begründung, daß durch den Eisenbahnerstreik das Sanierungswerk gefährdet werde. Im letzten Moment tauchte aber ein neuer Vermittlungsvorschlag auf, über den nochmals, aber vergeblich verhandelt wurde. Die Lohnbewegung der Eisenbahner ist eine Folge der Teuerung und der Völkerbundskontrolle. Diese schränkt die Bewegungsmöglichkeit der Bundesdirektion ein. Die Direktion wollte Aufbesserungen im Betrage von 42 Millarden bewilligen, die Sozialdemokraten aber forderten 50 Milliarden und die Deutschnationalen sogar 83 Milliarden. Heute mittag waren die Verhandlungen abgebrochen worden, da die Generaldirektion erklärte, über ihr Angebot nicht hinausgehen zu können. Auch die Regierung konnte vor allem deshalb nicht weiter entgegenkommen, weil so weitgehende Zugeständnisse an eine Gruppe von Staatsangestellten entsprechende Forderungen anderer Beamtengruppen nach sich ziehen würden. Die auswärtigen Abgeordneten sind zum Teil in ihre Heimat gereist, um durch den Streik nicht abgeschnitten zu werden. Die Wiener Hotels haben sich im Laufe des Tages immer mehr geleert. Die Bahnhöfe sind von den Fremden gestürmt worden. Die Züge fahren überfüllt, da noch jeder vor Ausbruch des Streiks wegkommen will. Uebrigens haben sowohl Italien wie die Tschechoslowakei auf Grund des Friedensvertrages das Recht, im Streikfall ihre Transporte auf österreichischem Gebiet mit eigenem Personal geleiten zu lassen.

Amtsantritt des Kabinetts Baldwin.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

△ **London,** 7. November.

Die formelle Verabschiedung der zurücktretenen und die Einsetzung der neuen Minister fand heute im Buckingham-Palast durch den Austausch der Amtssiegel statt. Der König hielt darauf eine Sitzung des Geheimen Rates ab, in der die neuen Minister ihren Treueid ablegten. Dieser Zeremonie wohnten der Prinz von Wales und der Prinz Arthur von Connaught bei. Fünfzehn Minuten nach Verlassen des Buckingham-Palastes war Winston Churchill schon im Schatzamt, was von einigen Blättern als Beweis für die Energie angeführt wird, mit der er sich auch dieses Mal dem neuen Amt widmen werde. Auch mehrere der andern neuen Minister statteten bereits heute ihren Aemtern Besuche ab. Baldwin begibt sich heute abend für das Wochenende nach Chequers. Die fertige Ministerliste, in der noch die Namen für einige wenige unbedeutende Posten fehlen, wird vermutlich erst am Dienstag veröffentlicht werden. Es wird jetzt bekannt, daß das Amt des Schatzkanzlers erst Neville Chamberlain angeboten war, dieser habe es aber vorgezogen, als Wohlfahrtsminister an der Lösung der Wohnungsfrage zu arbeiten, bei der er seine großen kommunalpolitischen Kenntnisse verwerten kann. Lord Derby hat einem Vertreter des „Liverpool Echo" gegenüber bemerkt, daß ihm ein Amt weder angeboten worden sei, noch daß er ein solches Amt abgelehnt habe. Auch die Abendblätter drücken ihr Bedauern über das Uebergehen des Sir Robert Horne und ihre Zufriedenheit mit der Berufung Churchills aus. „Evening Standard" meint, die große Frage sei jetzt nur, wie diese neuen Persönlichkeiten zusammenarbeiten würden. Das Blatt weist zugleich auf Lord Eustace Percys Interesse zu dem Völkerbund hin, so daß es möglich sei, daß sein Name noch einmal im Zusammenhang mit dem Völkerbund genannt werde. Der liberale „Star" gibt zu, daß das Kabinett für ein Tornkabinett sehr gut sei.

Wie die übrige liberale Presse, so zeigt sich auch „Manchester Guardian" mit Baldwins neuem Kabinett im großen und ganzen einverstanden, wobei er die Gelegenheit benutzt, um Baldwins Charakter ein Kompliment zu machen. Man möge zu Baldwin stehen, wie man wolle, man müsse es ihm doch lassen, daß er Mut gehabt habe. Voriges Jahr habe er unbedenklich seine Mehrheit aufs Spiel gesetzt, um die Tarifpolitik durchzubringen. Einen größeren Mut habe Baldwin jetzt durch die Bildung seines Kabinetts bewiesen. Er habe nicht im geringsten davor gescheut, sich Feinde zu machen, denn, wie die Diehards Churchill aufnehmen würden, darüber konnte keinerlei Zweifel bestehen. Mit Churchills Berufung aber habe Baldwin sich in seinen Schutzzollplänen eine gewisse Beschränkung auferlegt, denn wenigstens bis jetzt sei Churchill als Freihändler bekannt. „Manchester Guardian" ist übrigens das einzige Blatt, das nicht in die allgemeinen Klagen über das Fehlen Hornes im Kabinett einstimmt, wobei es aber das Bedauern ausdrückt, daß Lord Balfour und Lord Cecil sich nicht auf der Ministerliste befinden.

MacDonald hat gestern zum ersten Male nach seinem Rücktritt öffentlich das Wort ergriffen und zwar anläßlich eines Festessens des Gewerkschaftskongresses im Londoner Hotel Central. MacDonald gestand hierbei ein, daß die Arbeiterpartei sich vielleicht etwas zu sehr auf die Wirkung ihrer Erfolge verlassen habe. In dem Wahlkampf habe sie die Möglichkeiten einer Panik oder auch die Wirkungen des Paktes zwischen den Tories und den Liberalen unterschätzt. Denn bei den letzten Wahlen habe die Arbeiterpartei nur mit einem einzigen Feinde gekämpft. Auf der einen Seite stand die Arbeiterpartei, auf der andern die übrigen Parteien, die zweifellos einen großen Erfolg errungen hätten. Auch die Macht der Presse sei von der Arbeiterpartei nicht ganz richtig gewürdigt worden. Trotz dieser geschlossenen feindlichen Front aber habe die Arbeiterpartei zwar 40 Sitze verloren, aber 1,2 Millionen Stimmen gewonnen. Die Regierung der Arbeiterpartei nehme die Entscheidung des Landes an. „Neun Monate", sagte MacDonald, „habe ich die Zügel geführt, wobei ich allerdings Fehler und Versehen gemacht habe. Aber man möge darüber nicht den Erfolg meiner Regierung in Fragen der europäischen und inneren Politik übersehen." Die Regierung der Arbeiterpartei lasse das Land in einem gesünderen Zustande zurück, als sie es übernommen habe. Die Arbeiterpartei gehe jetzt in die Opposition, und das sei gut für sie. Nach wie vor trete die Arbeiterpartei für die Demokratie, für das Parlament, für die Vernunft und für die Evolution ein. Er glaubt schon jetzt voraussehen zu können, daß jede künftige Regierung die großen Probleme Englands ebenso anfassen müsse, wie es seine Regierung getan habe.

L. Paris, 7. November.

Das neue Kabinett Baldwin wird von der nationalistischen Presse Frankreichs mit Unruhe begrüßt. Pertinax, der nach London gefahren ist, schildert den Schreck der englischen Tories, als sie erfuhren, daß Winston Churchill Schatzkanzler geworden ist. Es werde befürchtet, daß Churchill mit seiner Intelligenz und seinem Temperament den schwächeren Baldwin fortreißen werde. Die neue englische Regierung zeige das Bild einer seltsamen „Dreieinigkeit", schreibt Pertinax: der bescheidene Baldwin, der brillante und herrschbegierige Churchill und Austen Chamberlain als Schiedsrichter zwischen den beiden. Auch die Teilnahme Lord Curzons und Lord Birkenheads an der Regierung ist den Franzosen nicht erwünscht.

Französisches Getreide für Deutschland?

Eine Anfrage an den französischen Landwirtschaftsminister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 7. November.

Im „Journal Officiel" richtete ein Abgeordneter an den Minister für Landwirtschaft die Frage, wie es geschehen könne, daß große Mengen Getreide aus gewissen französischen Departements über Bordeaux und Marseille nach Deutschland versandt worden seien. Der Minister hat auf diese Frage geantwortet, daß eine Getreideausfuhr nach dem Ausland verboten und deshalb praktisch unmöglich sei. Der „Intransigeant" erklärt, daß der Minister falsch unterrichtet worden sei. Die Redaktion des „Intransigeant" besitze das Original eines Verladebriefes, aus dem hervorgehe, daß die Mehlfabrik von Dijon am 17. September 1924 15 000 Kilogramm Weizenmehl zum Preise von 22 000 Francs nach Küntzelau in Deutschland via Wintersdorf verschickt habe. Der Zollvermerk laute: „Die Sendung ist zum Verbrauch im Deutschen Reich bestimmt."

Von der Krisis im Protestantismus.

Von [Nachdruck verboten.]

Lic. Ernst Moering-Breslau,
demokratischer Landtagskandidat für Bielefeld.

Die Krise, von der hier geredet wird, ist keine äußere: die Existenz der Kirche ist nicht gefährdet. Vor dem Kriege konnte man mit einiger Sorge oder Freude (je nach Standpunkt) ihr Ende erwarten. Nicht nur in Berlin und Hamburg besuchte nur etwa 1 Prozent der Bevölkerung den sonntäglichen Gottesdienst. Auch auf manchem Dorfe konnte der Pfarrer das Manuskript seiner Predigt in der Rocktasche lassen, weil kein Kirchgänger erschienen war. Die Austrittsbewegung wuchs, zwar nicht beängstigend, aber doch stetig. Es fehlte durchaus die zusammenrufende Parole, um so mehr als die Kirche wohl verwaltet, aber nicht geführt wurde. Von vielen Einzelpastoren wurde in Treue sorgsame Arbeit geleistet. Aber die Kirche war nicht das große Gewissen des Volkes, ihre Türme wiesen gen Himmel, aber der Mund blieb stumm. Die Kirche beeinträchtigte die enge Bindung an den Staat, der sie so stark gängelte, daß sie noch nicht einmal das für den gottesdienstlichen Gebrauch bestimmte Kirchenbuch ohne seine Genehmigung zu ändern vermochte. Sie erschien breiten Massen, die gegen die Form des Staates sich wandten, durchaus und mit einigem Recht als ein Instrument des von ihnen bekämpften Staates und bei dem Kampf gegen ihn griff man zumeist und mit Erfolg seine schwächste Stelle an: eben die Kirche. Der Vorgang von Hamburg liegt noch nicht lange zurück, wo bei Erhöhung der Hundesteuer die Kirchenaustrittsbewegung besonderen Erfolg hatte. Hier zeigte sich besonders kraß, daß wegen irgendeiner Maßnahme des Staates, die Kritik hervorrief, die Bevölkerung sich gegen die mit dem Staat verbundene Kirche wandte. Man meinte den Staat und traf zunächst die Kirche. Diese Bindung ist gelöst. Außerdem ist noch eine Reihe anderer Momente für die Erstarkung der Kirche zu verzeichnen. Zunächst die neue Wendung des Geistes, der sich wieder vom Stoff zu der inneren Welt der Seele zuwandte und damit auch dem, wovon die Kirche redet, breiteren Lebensraum gab. Da ist weiter der Mangel an Konkurrenz: die freireligiösen Gemeinden haben kein so starkes religiöses Leben, daß es stärker wäre als das von der Kirche ausgehende, und die Philosophie vermag nicht breite Massen zu erfassen und ihr Leben zu führen. Der Sozialismus, einst eine Art Religion, ist heute eine sehr diskutable wirtschaftliche Theorie und vermag nicht mehr die Seelen seiner Anhänger in der Form des Glaubens zu bewegen.

Die Krisis, von der wir hier reden, ist anderer Art. Sie besteht darin, daß der Protestantismus heute weit mehr eine politische, als eine religiöse Größe ist. Und zwar ist dies das Entscheidende, daß die Kirchen sich politisch einseitig festlegen und daß die politischen, nicht die religiösen Probleme im Vordergrund stehen. Kein Mensch wird sich wundern, daß in der Kirche auch deutschnationale Stimmen laut werden. Ja keiner, der nicht Unbilliges verlangt, wird sich wundern, daß diese in ihr Oberhand haben. Das Besorgniserregende für den Kirchenanhänger und das Beachtliche für den demokratischen Politiker ist die Ausschließlichkeit, mit der sich die Kirche mit der Politik der Rechten verbindet. Siegt die Rechte, dann steht auch die Kirche. Sinkt sie, wie man bei der politischen Torheit der Deutschnationalen annehmen muß, ist auch die Kirche bedroht, und zwar nicht deswegen, weil die Linksparteien antikirchlich wären, kein Mensch hat selbst in der Revolution den Kirchen etwas getan, sondern deswegen, weil sich die breite Masse des Volkes von einem Institut abwenden wird, das parteipolitisch eingestellt ist, wenn eben die Parteien, auf die man eingestellt ist, abfallen. Und dazu das Wichtigere: Die Kirche lebt von ihrer ewigen Botschaft. Tritt diese zurück, ist es um die Kirche getan. Daß sie aber zurücktritt, ist gar keine Frage.

Man sieht dies zunächst an der Einstellung zur völkischen Bewegung. Die konsequenten Deutschvölkischen wenden sich mit aller Kraft gegen die christliche Verkündigung. Das Alte Testament wird beschimpft und als jüdisches Machwerk bezeichnet. Christus mit seiner Botschaft der Liebe, auch der Liebe zum Feind, wird verspottet und das Christentum überhaupt als Religion sklavischer Demut und Weichlichkeit zurückgewiesen. Gewiß treten diese Dinge nicht überall kraß hervor. Sowie die Deutschvölkischen auch die Arbeiter mit sozialen Worten umwerben, so auch wird oftmals, namentlich in stark kirchlichen Gegenden betont, daß das Völkische nur eine politische Bewegung sei und daß daneben das Christentum ruhig Platz habe. Allein, es ist doch die Frage, ob der Internationalität, die dem Christentum als universaler Religion innewohnt, nicht der ausschließlich auf das eigene Volk gerichtete Blick der völkischen Bewegung entgegengesetzt ist. Auf jeden Fall liegen genügend Aeußerungen vor, die die Kirche zur Vorsicht, ja zur Abwehr mahnen. Ich erinnere nur an das völkische Vaterunser, das beginnt mit den Worten: „Vater unser der Beschneidung, der Du bist im Himmel", und eine einzige Verhöhnung des jedem Christen heiligen Gebetes ist. Dinter hat in voller Konsequenz seiner